„Wir bringen funktionierende Lösungen mit“

Die Digitalisierung der Pflege stockt – oft, weil es an praxistauglichen Standards und technischer Umsetzungskraft fehlt. Der Verband für digitale Standards in der Pflege (VdSP) will das ändern.

Im Interview sprechen die beiden Co-Vorsitzenden Andreas Fischer (opta data Gruppe) und Dr. Carsten Steinhoff (BFS Abrechnungs GmbH) darüber, warum Softwareanbieter jetzt selbst Verantwortung übernehmen und wie aus fragmentierten Pilotprojekten endlich skalierbare Lösungen für die Praxis werden.

Andreas Fischer und Carsten Steinhoff führen den Verband für digitale Standards in der Pflege. Foto: VDSP

Herr Fischer, Herr Steinhoff, warum braucht die Pflegebranche einen neuen Verband?
Andreas Fischer: Weil der Digitalisierung der Pflege bisher zwei entscheidende Bausteine gefehlt haben, technische Umsetzungskraft und eine Plattform, auf der sich Praxis, Politik und Technik sinnvoll vernetzen. Es mangelt nicht an guten Ideen oder politischen Absichtserklärungen, aber oft an konkreten, funktionierenden Lösungen und einem Raum, in dem diese umgesetzt werden. Genau das wollen wir mit dem VdSP ändern, indem wir erstmals führende Anbieter von Branchensoftware, TI-Diensten und Abrechnungsprozessen direkt mit Praxis und Politik an einen Tisch bringen. Dabei kommen wir nicht mit Forderungen, wir bringen erprobte, marktfähige Lösungen mit. Unser Ziel ist: Weniger Theorie, mehr Umsetzung.

Carsten Steinhoff: Und das funktioniert nur, wenn wir die Perspektiven der Praxis konsequent einbeziehen. Viele Pflegeeinrichtungen sind bereit, digital zu arbeiten, aber nur, wenn Prozesse tatsächlich entlasten und nicht zusätzliche Bürokratie erzeugen. Im VdSP bündeln wir technologische Kompetenz mit dem Erfahrungswissen der ambulanten und stationären Pflege. Unsere Mitglieder wissen, was funktioniert und wo es hakt. Dieses Know-how bringen wir gemeinsam in politische Entscheidungsprozesse ein, etwa bei der Weiterentwicklung der Telematikinfrastruktur (TI) oder des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS).

Was unterscheidet den VdSP von bisherigen Gremien oder Digitalprojekten?
Steinhoff: Der VdSP versteht sich nicht als Lobbyorganisation, sondern als Umsetzungspartner. Wir wollen keine zehnte Roadmap schreiben, sondern dafür sorgen, dass bestehende Anwendungen in der Breite ankommen. Deshalb arbeiten wir an verbindlichen, offenen Standards für Dokumentation, Kommunikation und Datenaustausch, herstellerneutral und skalierbar. Wichtig ist uns: Was wir vorschlagen, muss sich in der Realität eines Pflegebetriebs auch umsetzen lassen, ohne zusätzliche Belastung für die Mitarbeitenden oder lange Umrüstphasen.

Fischer: Unsere Rolle ist dabei komplementär zu bestehenden Pflegeverbänden. Während diese stark in die fach- und sozialpolitische Debatte eingebunden sind, konzentrieren wir uns auf die technische Seite. Das heißt: Wir beschreiben nicht nur, was gebraucht wird. Wir zeigen, wie es konkret geht. Die meisten Mitglieder des VdSP betreiben längst produktive Lösungen zur digitalen Verordnung, zum E-Rezept oder zur KIM-Kommunikation. Gemeinsam entwickeln wir daraus Standards, die über den einzelnen Anbieter hinausgehen.

Was bringt das konkret den Einrichtungen? Welche Vorteile entstehen in der Praxis?
Fischer: Ganz konkret? [lacht] Weniger Faxgeräte, weniger Papierprozesse, weniger Medienbrüche. Dafür mehr Effizienz, mehr Transparenz und schnellere Kommunikation mit Kassen, Ärzten und Apotheken. Wenn ein digitaler Überleitungsbogen endlich als Standardnachricht in der TI funktioniert oder ein E-Rezept nahtlos an die Apotheke übermittelt werden kann, spart das nicht nur Zeit. Es reduziert Fehler, beschleunigt die Versorgung und entlastet die Pflegeteams im Alltag.

Steinhoff: Digitale Prozesse müssen wie selbstverständlich im Hintergrund laufen, damit sich Leitung und Pflegekräfte auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können. Das geht nur mit technischen Standards, die breit verfügbar, rechtlich abgesichert und wirtschaftlich tragfähig sind. Der VdSP arbeitet genau daran, in enger Abstimmung mit der Gematik, den Kassen und politischen Entscheidern.

Was ist Ihre Botschaft an Entscheiderinnen und Entscheider in der Pflege?
Fischer: Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss den Alltag vereinfachen, nicht verkomplizieren. Wir möchten Pflegeeinrichtungen ermutigen, sich aktiv in den VdSP einzubringen. Wer seine Erfahrung aus der Praxis teilt, hilft mit, die richtigen Standards zu entwickeln. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die Digitalisierung der Pflege nicht länger auf dem Papier steht, sondern im Alltag spürbar wird.

Steinhoff: Das ist auch unsere klare Botschaft an andere Verbände und Träger: Wer die Digitalisierung der Pflege mitgestalten will, ist herzlich eingeladen, beim VdSP mitzumachen. Unser Ziel ist eine gemeinsame Sprache, damit die Digitalisierung nicht länger zur Belastung wird, sondern endlich entlastet.

Was fordern Sie konkret von der Politik?
Steinhoff: Wir brauchen klare Zuständigkeiten, verbindliche Zeitpläne und vor allem eine stärkere Einbindung der Praxisakteure. Digitalisierung darf nicht auf dem Rücken der Pflegekräfte scheitern, weil politische Prozesse zu lange dauern oder Regelungen an der Realität vorbeigehen.

Fischer: Und wir brauchen endlich verlässliche Standards, die bundesweit gelten und auf die man sich verlassen kann. Wenn der Staat diese nicht vorgibt, dann müssen wir sie gemeinsam entwickeln und genau das tun wir im VdSP.

Der VdSP wurde 2025 von führenden Software-, Abrechnungs- und TI-Anbietern gegründet, um praxistaugliche Standards für die Digitalisierung der Pflege zu entwickeln und in den politischen Diskurs einzubringen. Mitglieder profitieren nach Verbandsangaben von technischer Expertise, frühem Austausch zu neuen Anwendungen und der Möglichkeit, gemeinsam mit Pflegeverbänden und Politik tragfähige Lösungen zu gestalten.

www.vdsp.org

Live-Ins: Staffler kündigt Gesetz an

Die Bundesregierung will in den kommenden Monaten einen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Beschäftigung von häuslichen Betreuungskräften („Live-ins“) vorlegen. Das kündigte die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Katrin Staffler (CSU), im Deutschlandfunk-Beitrag „Häusliche Pflege birgt große Belastung und rechtliche Grauzone“ an. Ziel sei es, verbindliche arbeitsrechtliche Standards zu schaffen und die Beschäftigung in Privathaushalten aus der bisherigen Grauzone zu holen. Auch eine Finanzierung über die Pflegekassen schlägt Staffler nicht aus.

„Die Krux ist, dass wohl nur wenige dieser Settings bei Lichte betrachtet mit deutschem beziehungsweise europäischem Arbeitsrecht vereinbar sind“, sagte Staffler. Erst rechtssichere Modelle könnten es ermöglichen, dass Betreuungskräfte künftig auch „an Maßnahmen und Leistungen zur Stärkung der häuslichen Pflege partizipieren“ – also von der Pflegeversicherung unterstützt werden.

Im Zentrum der Überlegungen steht laut Staffler das Anstellungsmodell, bei dem Familien Betreuungskräfte direkt beschäftigen. „Rechtssicherheit gibt derzeit am besten das Anstellungsmodell, also die Direktanstellung einer Betreuungskraft durch die Familie“, erklärte sie.

Zugleich stellte die Pflegebevollmächtigte in Aussicht, die starre Trennung zwischen Arbeits- und Bereitschaftszeit rechtlich neu zu bewerten: „Ich glaube, dass wir trotz aller Schwierigkeiten eine pragmatische Lösung zum Umgang mit vermeintlicher Bereitschaftszeit finden müssen. Im Koalitionsvertrag haben wir dafür auch Anknüpfungspunkte, beispielsweise die Betrachtung einer Wochenarbeitszeit.“

Langfristig sollen laut Staffler auch die Pflegekassen stärker eingebunden werden: „Wenn es uns gelingt, die Live-in-Betreuung rechtssicherer auszugestalten, werden wir sicher auch Leistungen der Pflegeversicherung für solche Settings verfügbar machen.“ Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe es dazu Vorarbeiten gegeben, auf denen nun aufgebaut werden könne. (ls)

Den Radiobeitrag können Sie über diesen Link oder den QR Code aufrufen:
https://www.deutschlandfunk.de/haeusliche-pflege-grosse-belastung-rechtliche-grauzone-100.html
oder den QR Code scannen.

Landkreis setzt auf Laien in der ambulanten Versorgung

Pflegedienste sollen bei Projekt „Versorgt vor Ort“ aber wichtige Rolle übernehmen.

Ab 2029 fehlen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zunehmend Pflegekräfte. Um die ambulante Versorgung dennoch sicherzustellen, sollen künftig auch Laien stärker eingebunden werden. Das neue Projekt „Versorgt vor Ort“ setzt auf Nachbarn, die Pflege und Hilfe im Alltag leisten.

Dabei übernehmen künftig auch Nachbarn einfache Pflegeleistungen oder unterstützen im Haushalt. Beschäftigt werden sie nicht von einem neuen kommunalen Pflegedienst, sondern über bestehende ambulante Dienste oder gemeinnützige Organisationen. Wie das Onlineportal merkur.de berichtet, soll das Modell besonders in ländlichen Regionen neue Versorgungswege eröffnen. Ein zuvor diskutiertes Modell der „Quartierpflege“, bei dem Nachbar:innen eigenständig Leistungen gegen Entgelt erbringen sollten, stieß auf wenig Zustimmung. Ambulante Dienste hätten signalisiert, „dass sie durchaus in der Lage sind, diese Leistungen zu übernehmen“, so Christiane Bäumler vom Fachbereich Senioren.

Das neue Konzept sieht nun eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Pflegediensten vor. „Das gefällt uns besser – vor allem wegen der Anbindung an die Pflegedienste“, sagte Franz Schöttl (CSU). Auch die Grünen begrüßten die Pläne: „Es wäre wünschenswert, wenn sich möglichst viele Kommunen beteiligen würden“, so Barbara Schwendner.

Die Gemeinden übernehmen künftig eine zentrale Rolle bei der Gewinnung von Helfer:innen. Koordiniert werden könnten diese etwa durch Quartiersmanager:innen oder Gemeindeschwestern.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dass „Versorgt vor Ort“ als Projekt einzelner Kommunen begleitet und – vorbehaltlich der Haushaltsberatungen – zeitlich befristet finanziell unterstützt wird. (ck)